



Presseschau vom 18.01.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Für „Kampf“ gegen russische „Propaganda“: EU-Parlament will mehr Geld

Abgeordnete des Europäischen Parlamentes haben am Mittwoch die Exekutivorgane der EU dazu aufgerufen, die Finanzierung des Kampfes gegen den Einfluss russischer Medien in Europa stark auszuweiten. Laut einigen Parlamentariern ist dies jedoch auch ein Eingeständnis, dass die eigenen Medien zunehmend ihre Glaubwürdigkeit bei den EU-Bürgern verlieren.

Das Europäische Parlament fordert, die Finanzierung von Maßnahmen gegen die „russische Propaganda“ in der EU massiv auszuweiten.

So erklärte die Abgeordnete Sandra Kalniete, das Budget hierfür müsse „nicht um zwei, sondern um zehn Mal erhöht“ werden.

Dies begründete sie mit dem zunehmenden Anstieg des Einflusses russischer Medien und russischer Berichterstattung in Europa.

„Russland hat eine gut entwickelte und allumfassende Propagandastrategie zur Schwächung der EU als Ganzes, einzelner EU-Staaten sowie zur Diskreditierung einiger internationaler Organisationen, wie etwa der Nato“, erklärte die lettische Abgeordnete.

Der britische Eurokommissar für die Sicherheit, Julian King, wollte dem zustimmen und erklärte, die Operativgruppe der EU für strategische Kommunikation – die sogenannte „East StratCom Task Force“ – habe innerhalb von mehreren Jahren Tausende Fälle von „Desinformation gegen die EU“ aufgedeckt.

„Leider können wir feststellen, dass die russische Desinformation wirklich gut funktionieren kann“, beklagte sich der Brite.

Im Laufe der Debatten forderten einige Politiker die Erhöhung der Finanzierung um eine Million Euro.

Längst nicht alle einverstanden

Allerdings schienen längst nicht alle Abgeordneten mit diesen Meinungen einverstanden zu sein.

Ein Teil der Parlamentarier wies darauf hin, dass solch eine Herangehensweise im Prinzip nur eine „Suche nach dem Schuldigen“ für das eigene Versagen sowie die fehlende Bereitschaft zur Einsicht, dass staatlich finanzierte EU-Medien selbst falsche Nachrichten verbreiten würden, darstelle.

So erklärte der französische Parlamentarier von der Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ Steeve Briois, man müsse sich eingestehen, dass es „Fake-News“ in der EU selbst gebe und schon immer gegeben habe.

„Wir müssen mit uns selbst anfangen, mit einigen Medien, die mit staatlichem Geld vollgestopft sind, die falsche Informationen verbreiten...“, erklärte der Parlamentarier.<

Bereits im Jahr 2016 hatte das EU-Parlament erklärt, es wolle gegen russische Medien vorgehen, da diese zunehmenden Einfluss ausüben würden.

Als die größten Informationsgefahren wurden dabei die Nachrichtenagentur Sputnik, der Sender RT, der Fonds „Russkij mir“ und die zum russischen Außenministerium gehörende Organisation „Rossotrudnitschestwo“ genannt.

Der russische Präsident Wladimir Putin reagierte damals auf die europäischen Anschuldigungen gegen diese Organisationen, indem er Sputnik und RT zu ihrer sichtbar erfolgreichen Arbeit gratulierte.

Ebenfalls merkte er damals an, dass die europäischen Reaktionen die „offensichtliche Degradierung der Vorstellungen über Demokratie in der westlichen Gesellschaft“ aufzeigen würden.

Smdnr.ru: Heute, am 17. Januar, fand eine planmäßige Sitzung der gemeinsamen Inspektion zur Kontrolle über den Sicherheitszustand der Unternehmen und Objekte, die die Lebenserhaltung der Bevölkerung des Donbass gewährleisten und die auf dem dem Territorium der DVR liegen, das zeitweilig unter Kontrolle der Ukraine ist, statt. Die Veranstaltung fand unter dem Vorsitz des stellvertretenden Zivilschutzministers der DVR Andrej Agarkow statt.

Auf der Sitzung der Inspektion wurden ökologische Gefahren behandelt, die durch die Aktivität von Unternehmen, die auf dem zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Territorium des Donbass liegen. „Eine hohe Konzentration von Industrie und Landwirtschaft, Transportinfrastruktur in Zusammenhang mit einer erheblichen Bevölkerungsdichte haben zweifellos eine enorme Belastung für die Biosphäre des Donbass geschaffen. Auf dem Territorium des Donezker Oblast, das zeitweilig von der Ukraine kontrolliert wird, ist ein Fünftel des industriellen Potentials konzentriert: 78% sind ökologisch gefährliche Unternehmen, die die hauptsächlichen Luftverschmutzer in der Region sind“, sagte der Vorsitzende des staatlichen Komitees für Ökologie und Naturressourcen beim Oberhaupt der DVR Roman Kischkan.

Nach Informationen, die von Teilnehmern der Sitzung der gemeinsamen Inspektion vorgestellt wurden, betrug der Ausstoß von Schadstoffen und Treibhausgasen von stationären Schadstoffquellen in die Atmosphäre im Jahr 2015 fast 918.000 Tonnen (ohne Berücksichtigung des Ausstoßes von Kohlendioxid). Hauptsächliche Luftverschmutzer bleiben in der Region die Kohle-, Metall- und Stromerzeugungsunternehmen. „In Mariupol werden die Maßnahmen zur Verringerung der Luftverschmutzung durch diese ständig verschoben. Im Dezember 2016 haben die Unternehmen von der militärisch-zivilen Donezker

Oblastverwaltung (ukrainische Besatzungsbehörde - Anm. d. Übers.) einen weiteren Aufschub von fünf Jahren erhalten“, teilte das Zivilschutzministerium der Republik mit.

de.sputniknews.com: Ukraine nimmt Käufe von russischem Erdgas wieder auf
Die Ukraine wird Käufe von russischem Gas wiederaufnehmen. Das kündigte der Vorstandschef des ukrainischen Versorgers Naftogaz, Andrej Kobolew, in Kiew an, schreibt die "Rossijskaja Gaseta" (Mittwoch).

Die Ukraine halte den von Gazprom angebotenen Gaspreis für „attraktiv“. Kobolew zufolge wird die Ukraine im laufenden Jahr fünf Milliarden Kubikmeter russischen Gases kaufen müssen. „Dass der Preis unter dem europäischen Durchschnitt liegt, ist positiv“, sagte der Manager.

Im vergangenen Dezember hatte das Stockholmer Schiedsgericht den Streit zwischen Gazprom und Naftogaz beendet und den ukrainischen Konzern verpflichtet, zwei Milliarden US-Dollar für das bereits gelieferte Gas an Gazprom zu zahlen. Zudem reduzierte das Gericht die für die Ukraine bindenden Mengen von russischem Gas auf fünf Milliarden Kubikmeter pro Jahr. Für 80 Prozent dieser Menge gilt die Formel „take or pay“.

Die Ukraine hatte direkte Käufe von russischem Erdgas am 25. November 2015 eingestellt.

Mgblnr.org: Vom Staatssicherheitsministerium der LVR wurde eine Spezialoperation zum Abzug des ehemaligen Leiters der militärischen Leitung der Abwehrabteilung des Truppenteils A-1973, die in Kramatorsk angesiedelt ist, Iwan Chishnjak, der drei Jahre lang mit der Sammlung von geheimer Information im Hinterland des Gegners befasst war, auf das Territorium der LVR durchgeführt.

Im Jahr 2014 wurde er angeworben und in eine Einheit der Luftabwehr der ukrainischen Streitkräfte eingeschleust. Bis Ende 2017 befasste er sich mit der Sammlung und Übergabe von Informationen zum Nutzen der LVR. Dank unserem Agenten haben wir die operative Lage in der Zone sogenannten „Antiterroroperation“ vollständig beherrscht und verfügten über Pläne und Absichten der ukrainischen Truppen in Bezug auf die Volksrepubliken.

Die Entscheidung über den Abzug unseres Agenten erfolgte im Zusammenhang mit Informationen einer Quelle im Sicherheitsdienst der Ukraine über eine bevorstehende Überprüfung, die mit einem möglichen Durchsickern von geheimen Daten aus der Abteilung verbunden ist.

Vormittags:

Mil-Inr.info: In den letzten 24 Stunden wurden **keine Beschüsse** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt. Das Regime der Feuereinstellung wurde eingehalten.

ukrinform.ua: Ukrainischer Sicherheitsrat unterstützt Gesetzentwurf über nationale Sicherheit
Der Rat für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine hat in seiner Sitzung am Mittwoch den Gesetzentwurf „Über die nationale Sicherheit der Ukraine“ unterstützt.

Wie die Pressestelle des Rates mitteilte, wurde der Gesetzentwurf in Zusammenarbeit mit Experten aus der NATO, EU und den USA erarbeitet und hat zum Ziel, ukrainische Gesetze an die Standards der Nato-Länder anzupassen. Nach der Annahme durch das Parlament soll das Papier als Grundlage für die Erneuerung der ukrainischen Rechts im Bereich nationale Sicherheit und Verteidigung dienen.

Nach Worten des Sekretärs des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine,

Olexandr Turtschynow, muss das Gesetz alle umgesetzten und geplanten Reformen des Sektors Sicherheit und Verteidigung verallgemeinern und auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Es gehe auch um die Fragen der demokratischen Zivilkontrolle und der Planung in diesem Bereich. „Die möglichst schnelle Annahme dieses Gesetzentwurfes muss eine wichtige Komponente im Bereich des Schutzes der ukrainischen Staatlichkeit und der Abwehr der russischen Aggression werden“, sagte Turtschynow.

de.sputniknews.com: USA liefern Kiew Javelin-Raketen – auf eigene Kosten
Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko teilte auf seiner offiziellen Webseite mit, dass die USA auf eigene Kosten „Javelin“-Panzerabwehrraketensysteme an Kiew liefern werden. „Nach der mühsamen Arbeit unseres Teams können wir heute die gute Nachricht überbringen, dass uns 'Javelin'-Panzerabwehrraketen als Defensivwaffen auf Kosten der US-Finanzierung geliefert werden“, hieß es auf der Webseite.

Der Oberbefehlshaber der ukrainischen Armee, Viktor Muschenko, erklärte am 17. Januar, dass Washington die „Javelin“-Systeme binnen sechs Monaten liefern könne. Demzufolge bereitet sich die Ukraine derzeit auf den Erhalt dieser Ausrüstung vor, wofür die nötigen Bedingungen und Lagerungsplätze geschaffen werden müssen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31882/99/318829908.jpg>

ukrinform.ua: Ukrinform.ua: Unterstützung der Ukraine durch G7: Ukraine und Kanada einigen sich auf Prioritäten

Die Ukraine und Kanada haben Prioritäten für die Unterstützung der Ukraine durch die G7 vereinbart. Kanada hat den Vorsitz in der G7.

Das erklärte Präsident der Ukraine Petro Poroschenko nach seinem Treffen mit der Generalgouverneurin Kanadas, Julie Payette, vor der Presse, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

„Sie (kanadische Partner – Red.) spielen eine große Rolle in der G7, wo 2018 Kanada den Vorsitz hat. Ich freue mich darüber, dass wir gemeinsam mit unseren kanadischen Partnern die Tagesordnung und die Richtungen, die vorrangig für die kanadische Seite bei der Unterstützung der Ukraine sein werden, vereinbart haben“, sagte der ukrainische Staatschef. Poroschenko bedankte sich bei Kanada für die Unterstützung der Souveränität, territorialen Integrität und Unabhängigkeit des ukrainischen Staates seit Beginn der russischen Aggression. Die Ukraine sei auch für die Unterstützung der Ukraine durch Kanada in den internationalen

Organisationen und der Reformen im Land dankbar.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden wurden **neun Verletzungen** des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **vier Ortschaften** der Republik beschossen. Der Gegner verwendete Artillerie, Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer, großkalibrige und Schusswaffen.

In der Folge eines Mörserbeschusses am 17.01.18 von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf Wesjoloje wurden Verglasung und Wände bei einem Haus in der Lugowoaja-Straße 82 beschädigt.

In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte am 17.01.18 gab es folgende Schäden in Dokutschajewsk:

- Zentralnaja-Straße 83/2 Verglasung;
- Trawnewyj-Gasse 9 eine Niedrigdruckgasleitung ist beschädigt;
- Trawnewyj-Gasse 10 Stromleitung;
- In Jasnoje ist eine Hochspannungsleitung beschädigt, in der Folge haben 560 private Häuser und ein Heizwerk keinen Strom.

de.sputniknews.com: Was mag Putin am wenigsten? Kreml-Sprecher erklärt
Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat in einem Interview für den russischen TV-Sender Rossija 1 über seine Arbeit gesprochen und erzählt, was Russlands Präsident Wladimir Putin am wenigsten mag.

Russlands Präsident Wladimir Putin mag Peskow zufolge keine „Lüge und Inkompetenz“. Zudem dementierte der Kreml-Sprecher Berichte darüber, dass er dem russischen Präsidenten manchmal Witze oder schöne Ausdrücke souffliere.

In Bezug auf seine Arbeit sagte Peskow, dass diese „der Erfolg meines ganzen Lebens“ sei. Über seine weiteren Pläne nach den Präsidentschaftswahlen im März zog Peskow vor, nichts zu erzählen:

„Ich weiß nicht. Ich habe ehrlich gesagt nicht daran gedacht.“

Zudem teilte er mit, dass es sich selbst weder zu den Kämpfern noch zu den Liberalen in der Kreml-Umgebung zähle: „Ich bin Staatsbeamter.“



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31911/89/319118997.jpg>

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 8. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse und eine Auflistung der bereits in der obigen Meldungen genannten Schäden - Anm. d. Übers.).

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 161.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 100.

Wir erinnern daran, dass ab 1:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember, gemäß einer Vereinbarung der Kontaktgruppe über die Wiederaufnahme ihrer Verpflichtungen durch die Seiten im Vorfeld der Winterfeiertage ein Waffenstillstand in Kraft getreten ist.

de.sputniknews.com: Krieg mit Russland wäre das Ende des schwedischen Volkes – Ex-Botschafter

Die Annahme, Russland sei aggressiv und bedrohe andere Länder, ist ein Irrtum. Dies schreibt Schwedens ehemaliger Botschafter in Moskau, Sven Hirdman, in einem Gastbeitrag für die schwedische Zeitung „Vestmanlands Läns Tidning“. Der Diplomat ruft dazu auf, das Vertrauen zwischen der schwedischen und der russischen Gesellschaft zu fördern.

Alle Behauptungen von der „russischen Gefahr“ bergen die Gefahr in sich selbst. Denn sie verändern, so der Ex-Diplomat, Russlands freundschaftliche Einstellung zu Schweden.

Hirdman betont: Ein Krieg mit Russland hätte katastrophale Folgen für alle Seiten. Für das schwedische Volk würde so ein Krieg das sichere Ende bedeuten.

Von einem etwaigen Boykott Russlands im Zusammenhang mit der Ukraine warnt der ehemalige Botschafter ausdrücklich: Stockholm und alle Schweden überhaupt müssten alle möglichen Maßnahmen ergreifen, um die Spannungen zwischen den „großen Mächten“ zu verringern – statt deren Zuspitzung zu begünstigen, indem man der US-Außenpolitik folge, mahnt Hirdman.

Der Diplomat Sven Hirdman leitete die schwedische Botschaft in Russland von 1994 bis 2004.

Lug-info.com: „Heute ab 10 Uhr sind wie geplant die Reparaturarbeiten an dem beschädigten zentralen Glasfaserkabel des Mobilfunkoperators Vodafone bei Wesjolaja Gora weitergeführt worden. Sie werden den ganzen Tag weitergehen“, teilte das Kommunikationsministerium der LVR mit

„Die Reparatur des Glasfaserkabels bei Wesjolaja Gora ist eine Reservevariante, die von unserer Seite zur Wiederaufnahme der Funktion des Operators vorgeschlagen wird. In Jelenowka auf ukrainischen Territorium haben die Arbeiten zur Reparatur des Kabels bis jetzt noch nicht begonnen“, teilte das Ministerium weiter mit.

nachmittags:

Dnr-online.ru: In Dokutschajewsk haben elf Wohnhäuser in der Folge des Artilleriebeschusses keinen Strom. Dies teilte heute das Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft mit.

„Gestern Abend wurde in Dokutschajewsk in der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte die Stromversorgung eines Heizwerks unterbrochen. In der Folge haben elf Wohnhäuser keine Heizung“, heißt es in der Mitteilung.
Die Heizung wird heute sofort nach der Wiederinbetriebnahme der Stromversorgung wieder in Betrieb genommen werden.

de.sputniknews.com: Schweden bildet Bevölkerung für Krieg mit Russland aus – Medien
Die schwedischen Behörden haben vor, die Bevölkerung auf einen möglichen Krieg mit Russland vorzubereiten. Dafür sollen im Frühjahr spezielle Flugblätter verteilt werden, berichtet der amerikanische Fernsehsender CNN.

Für 4,7 Millionen schwedische Haushalte werden Flugblätter mit der Warnung vor einem möglichen Krieg im Ostseeraum herausgegeben werden. Laut dem Fernsehsender sollen damit die Einwohner auf Krisen und Katastrophen in Friedenszeiten vorbereitet, sowie über andere Angriffe auf die Gesellschaftsordnung und den Staat aufgeklärt werden.

Darüber hinaus sollen die Flugblätter Informationen über ein Leben im Ausnahmezustand sowie über Luftschutzbunker liefern.

Die schwedischen Behörden würden diese Vorkehrungsmaßnahmen wegen der angeblich steigenden russischen Bedrohung ergreifen.

In den letzten Jahren hatte Schweden seine Militärausgaben erhöht, die Truppen auf die strategisch wichtige Insel Gotland verlegt und die Wehrpflicht wieder eingeführt.

Dnr-online.ru: Über die Pläne für die Arbeit im Jahr 2018 berichtete der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Sergej Naumez.

„Im Jahr 2018 ist ein großer Umfang an Arbeiten geplant. Der Wiederaufbauprozess wird nicht gestoppt werden, weil es in der Republik noch sehr viel zerstörten Wohnraum gibt. Im Jahr 2016 und 2017 wurde eine Reihe von Objekten wiederaufgebaut, insgesamt ca. 25-30% des Notwendigen. Leider sind die Kämpfe bis heute nicht beendet, täglich werden aufgrund von Beschüssen der ukrainischen Streitkräfte verschiedene Objekte beschädigt. Deshalb ist die vorrangige Aufgabe des Ministeriums der Wiederaufbau und die Unterstützung der Einwohner der Republik.

Außerdem planen wir Maßnahmen zur Verringerung der Verluste an Trinkwasser. Es gibt einen großen Verschleiß der technischen Netze, wir verlieren 60% des Wassers. Die geplanten Maßnahmen werden es erlauben, diese Verluste zu senken.

Das Ministerium ist auch bei der Gesetzgebung im Bereich des Bauwesens und der Kommunal- und Wohnungswirtschaft aktiv. Geplant ist auch der Wiederaufbau nicht fertig gebauter Objekte in kommunalem Eigentum, von denen es genug schon seit den 1990er Jahren gibt“, berichtete Sergej Naumez.

de.sputniknews.com: Syrische Kurden rechnen mit Unterstützung aus Moskau

Das Syrische Kurdistan hofft, dass Russland die türkische Operation in Afrin verhindern kann. Allerdings gibt es keine Anzeichen dafür, dass die Türkei auf ihre Ansprüche an der von den Kurden kontrollierten Enklave verzichten wird, schreibt die „Nesawissimaja Gaset“ am Donnerstag.

„Die Kurden sind Anhänger der Regelung der Syrien-Krise und haben einen konkreten Plan zum Erreichen dieses Ziels“, sagte Farhat Patijew, Mitglied des Nationalen Kongresses Kurdistans. „Die Kurden erwarten, dass Russland, das den Krieg in dieser Region beenden will, die Initiative der Kurden unterstützt. Der religiöse Fanatismus sowie die militärische Einmischung von Dritten, die versuchen, ihre eigennützigen politischen Aufgaben zu lösen, indem man sich auf islamischen Radikalismus stützt, soll beendet werden. Die Kurden brauchen dabei die Unterstützung Russlands.“ Auf die Frage, ob Rojava (die Bezeichnung des

von den Kurden ausgerufenen Staates) erwartet, dass Russland die türkische Expansion in Afrin verhindert, antwortete er bejahend.

Die türkische Führung erklärt offen ihre Ambitionen im Nordwesten Syriens. Der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu sagte am Mittwoch, dass Ankara die Zone der Militäroperation erweitern könnte. „Die Vorsichtsmaßnahmen der Türkei gegen die Volksverteidigungseinheiten und die Arbeiterpartei Kurdistans können nicht alleine auf Afrin beschränkt werden“, sagte Cavusoglu nach den Verhandlungen mit dem US-Kollegen Rex Tillerson in Vancouver. „Die Operation kann in Manbidsch und östlich des Euphrats durchgeführt werden.“ Der türkische Außenamtschef hob erneut hervor, dass die US-Pläne zur Schaffung grenznaher Sicherheitskräfte in Syrien den Beziehungen zwischen Ankara und Washington einen irreparablen Schaden zufügen.

Türkische Experten erklären das Streben Ankaras, Afrin unter Kontrolle zu nehmen, mit den nationalen Sicherheitsinteressen der Türkei. „Dort befinden sich viele Gruppierungen, die die Türkei als Fortsetzung der Terrororganisation PKK bezeichnet“, sagte der Politologe Togrul Ismail.

„Zudem erfolgten von dort aus verschiedene Operationen in Richtung türkisches Territorium. Darüber hinaus schickten die Amerikaner lange ihre Waffen dorthin. Die Besorgnis der Türkei ist damit verbunden, dass diese Waffen gegen sie genutzt werden. Die Türkei kann nicht die Schaffung eines künstlichen Staates entlang ihrer Grenze zulassen, der von anderen Akteuren von außen kontrolliert wird“, so der Experte. Ankara habe keine historischen Ansprüche gegenüber Afrin. „Die Türkei interessiert vor allem die Sicherheit ihrer Grenzen.

Die kurdische Partei der demokratischen Union, die als eine der einflussreichsten politischen Kräfte im Norden Syriens gilt, ruft die internationale Gemeinschaft zum Stopp des Beschusses durch türkische Militärs auf. „Afrin wird nicht alleine bleiben“, heißt es in einer Erklärung der Partei. „Wir rufen die internationale Gemeinschaft dazu auf, die Verantwortung für mehr als eine Million Menschen in Afrin zu übernehmen.“

Washington distanzierte sich inzwischen von den Kurden. „Die Türkei ist unser sehr wichtiger und wertvoller Nato-Verbündeter“, antwortete die Sprecherin des US-Außenministeriums, Heather Nauert, auf die Frage zur Position der USA gegenüber der Operation der Türkei. „Wir haben viele Verbindungen mit der Regierung der Türkei. Was die Situation in Syrien betrifft, befinden sich die USA dort, um den ‚Islamischen Staat‘ zu vernichten.“

Laut russischen Experten wird die US-Führung nicht gegen ein hypothetisches Ergreifen der Gebiete der kurdischen Enklave sein. „Die Zone von Afrin unterscheidet sich vom Territorium des restlichen Rojavas, das von der internationalen Koalition kontrolliert wird, dadurch, dass sich dort die Friedenstruppen Russlands befinden“, sagte der Nahostexperte Alexander Schumilin. Die Kurden rechnen eher mit der Mitwirkung Russlands und ihrer Kollegen aus dem Irakischen Kurdistan. Die Amerikaner seien bereit, bei der Situation in Afrin ein Auge zuzudrücken, weil der Kampf dort aussichtslos sei. Die Amerikaner seien wohl bereit, diese Enklave zu opfern, um ihren Plan auf anderen Gebieten umzusetzen, die von der internationalen Koalition kontrolliert werden. Dort werde der Plan zur Schaffung einer 30.000 Mann starken Gruppierung umgesetzt. Afrin gehöre nicht dazu, so der Experte.

Dan-news.info: Kommentar des Oberhauptes der DVR zum Erlass über das Verbot zur Ausreise in die Ukraine

Der Erlass Nr. 363 ist ein erzwungene Maßnahme zum Schutz sowohl des Staats als ganzem als auch seiner Bürger. Das Dokument wurde vom Staatssicherheitsministerium initiiert. Während der Zeit des Kriegs hat das MfS der DVR eine Menge von Informationen über Druck und Anwerbung unserer Bürger, die auf das Territorium der Ukraine reisen, durch ukrainische Spezialdienste erhalten. Die Menschen wurden zuerst Geiseln, dann gezwungenermaßen Terroristen und Verräter. Dabei scheuen unsere Gegner bei ihrer Arbeit nicht vor den gemeinsten und brutalsten Methoden zurück.

In diesem Erlass ist nicht von einem vollständig Verbot von Reisen in die Ukraine für Mitarbeiter staatlicher Einrichtungen die Rede. Zu diesen würden auch Schulen und Krankenhäuser und Bibliotheken gehören – und das wären Hunderttausende von Menschen! Wir wissen sehr gut, dass Isolation nur zu sozialer Spannung führt. Ich will unterstreichen, dass das Dokument nicht die Rentner betrifft, die gezwungen sind die Grenze zu überschreiten, um ihre unter der Ukraine ehrlich erarbeiteten Gelder zu erhalten. Das Verbot der Ausreise erstreckt sich ausschließlich auf die Leiter von Unternehmen und Einrichtungen, Beamte, die hohe Funktionen haben, Staatsbedienstete, die Zugang zu Staatsgeheimnissen haben. Solche Personen gibt es erstens in der Republik nicht so viele, zweitens nehmen sie selbst von Reisen auf das Territorium der Ukraine Abstand – dort wird man schnell als Unterstützer von Terroristen ausgerufen. Praktisch enthält der Erlass nichts Neues. Er bestätigt eher eine inoffizielle Regel: wenn man im staatlichen Sektor der DVR arbeitet, muss man dazu bereit sein, dass die Kiewer Regierung einen für einen Terroristen hält und das heißt, die Ausreise über die Abgrenzungslinie kann mit einer Festnahme enden. Das Dokument wurde erstellt, um mögliche bittere Fehler zu verhindern. Hier erfüllt der Staat eine seiner grundlegenden Funktionen – den Schutz der eigenen Bürger.

de.sputniknews.com: **Gesetz über Donbass-Reintegration verabschiedet – aber kein Bruch mit Russland**

Die Werchowna Rada (Parlament) der Ukraine hat am Donnerstag den Gesetzentwurf über die Reintegration des Donbass angenommen. Dafür stimmten 280 Abgeordneten bei notwendigen 226.

Nun wird das Dokument dem Präsidenten des Landes, Petro Poroschenko, zur Unterzeichnung vorgelegt. Es gibt dem Staatschef das Recht, in der Region in Friedenszeit Streitkräfte zum Schutz der Souveränität der Ukraine einzusetzen. Damit soll der Einsatz der Armee im Osten des Landes ohne Kriegserklärung legitimiert werden.

In dem Gesetzentwurf werden die von Kiew nicht kontrollierten Territorien als „besetzt“ anerkannt und Russland als „Aggressor“ eingestuft.

Unter den insgesamt 673 Änderungsanträgen, über die die ukrainischen Abgeordneten abstimmten, gab es einen über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Russland. Diese Initiative fand allerdings nur geringe Unterstützung in der Werchowna Rada. Dafür stimmten nur 72 Parlamentarier, für die Annahme des Antrags waren allerdings mindestens 226 Stimmen notwendig.

Außerdem wollten die ukrainischen Parlamentarier die selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk nicht als terroristische Organisationen einstufen.

Die zweite Lesung des präsidentialen Gesetzentwurfs über die Reintegration des Donbass hatte am Dienstag im ukrainischen Parlament begonnen. Moskau betonte wiederholt, es vertrete keine Seite im innerukrainischen Konflikt und beteilige sich nicht an den Geschehnissen im Donbass. Unter anderem sei Russland daran interessiert, dass Kiew seine politische und Wirtschaftskrise überwindet.

Ukrinform.ua: **Parlament beschließt Gesetz zur Reintegration von Donbass**

Die Werchowna Rada der Ukraine hat am Donnerstag das Gesetz „Über die Besonderheiten der Staatspolitik für die Gewährleistung der staatlichen Souveränität der Ukraine über die vorübergehend besetzten Gebiete in den Oblasten Donezk und Luhansk“ verabschiedet.

Für das Gesetz votierten 280 Abgeordnete von 226 notwendigen, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

Im Präambel des Gesetzes heißt es, dass „die Russische Föderation die Straftat der Aggression gegen die Ukraine begeht und eine vorübergehende Okkupation eines Teiles ihres

Staatsgebiets mit der Hilfe der bewaffneten Formationen der Russischen Föderation durchführt.“ Als Datum der Okkupation gelte gemäß dem Gesetz „Über die Gewährleistung der Freiheiten und Rechte der Bürger und die rechtlichen Normen in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine“ der 20. Februar 2014.

Das Gesetz sieht vor, dass die Grenzen der okkupierten Gebiete vom Präsidenten der Ukraine auf Antrag des Verteidigungsministeriums gemäß den Vorschlägen des Generalstabs der Ukraine bestimmt werden. Die Russische Föderation trägt gemäß dem Völkerrecht die Verantwortung für den der Ukraine zugefügten materiellen und moralischen Schaden. Die Personen, die an der russischen Aggression teilnehmen oder sich an der russischen Besatzungsverwaltung beteiligen, tragen strafbare Haftung für Verstöße gegen das ukrainische Recht und gegen das humanitäre Völkerrecht.

Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, hatte den Gesetzentwurf „Über die Besonderheiten der Staatspolitik für die Gewährleistung der staatlichen Souveränität der Ukraine über die vorübergehend besetzten Gebiete in den Oblasten Donezk und Luhansk“ ins Parlament am 4. Oktober eingebracht. Am 6. Oktober nahm das Parlament das Gesetz in erster Lesung an.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich **nicht wesentlich verändert**, in den letzten 24 Stunden wurden keine Beschüsse festgestellt. Dabei verletzen die Kiewer Truppen systematisch die Bedingungen zur Stationierung von schweren Waffen entlang der Kontaktlinie, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind und konzentrieren militärisch-technisches Potential ihrer Einheiten in der Konfliktzone.

Es wurde festgestellt, dass am nördlichen Rand von Popasnaja sich ein provisorischer Stationierungspunkt einer Haubitzenartillerieabteilung der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte mit sechs 152mm-Haubitzen D20 befindet.

Es wurde die Einnahme einer provisorischen Feuerposition durch einen Mörserzug der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte südöstlich von Krymskoje 2 km von der Kontaktlinie entdeckt.

Es wurde die Verlagerung eines Mörserzugs des 8. Bataillons der 10. Gebirgssturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Nowoswanowka festgestellt.

Es erfolgt der Transport von Material auf die Positionen der 1. bataillonstaktischen Gruppe der 80. Luftsturmbrigade im Gebiet von Saryj Ajdar sowie auf die Positionen des 13.

Bataillons der 58. Panzergrenadierbrigade im Gebiet von Nishneje.

Das Kommando der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte führen auch Maßnahmen zur Ausrüstung von Scheinpositionen im Verantwortungsbereich des Verbandes durch.

Im Verantwortungsbereich des 109. Bataillons der 10. Gebirgssturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Solotoje wurde eine Anweisung zur Arbeit von Scharfschützengruppen des Gegners ausgegeben, um provokative Beschüsse der Positionen der Volksmiliz durchzuführen

Trotz der Verstärkung der Positionen in der „ATO“-Zone hat der Gegner weiterhin nicht kampfbedingte Verluste von Personal und Technik.

In der Nacht vom 16. auf den 17. Januar geriet im Maschinenpark der 80. Luftsturmbrigade ein Fahrzeug amerikanischer Produktion vom Typ Hammer in Brand. Es wurde festgestellt, dass ein Soldat der Brigade in betrunkenem Zustand das Fahrzeug in Brand setzte.

Gestern starben drei Soldaten der 54. mechanisierten Brigade als sie auf eine Sprengeinrichtung gerieten, vier wurden verletzt.

Im Zusammenhang mit der wachsenden Zahl nicht kampfbedingter Verluste an Personal, dem Absinken der militärischen Disziplin und des moralische psychischen Zustands der Soldaten

hat die ukrainische Führung eine Kommission unter Leitung von hochrangigen militärischen Leitern in die „ATO“-Zone geschickt.

Der Berater des Präsidenten der Ukraine zur Verteidigungsfragen Armeegeneral Kusmuk und der erste stellvertretende Sekretär des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine Generaloberst Kowal sind in der „ATO“-Zone eingetroffen und planen eine Überprüfung der Verbände und Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte auf deren Bereitschaft, die gestellten Aufgaben zu erfüllen.

In diesem Zusammenhang sind Provokationen des Gegners nicht auszuschließen.

Im Zusammenhang mit den Aktivitäten des Gegners wende ich mich an alle Einwohner der LVR mit der Bitte, vorsichtig und wachsam zu sein. Bitte informieren Sie bei der Entdeckung verdächtiger Gegenstände und Personen telefonisch die zuständigen Rechtsschutzbehörden.

Der gesamte Lärm und die sogenannte „Superwaffe“ ist nur eine weitere PR-Aktion von Proschenko, im Ganzen wirkt die Lieferung von Javelin-Raketen an die ukrainischen Streitkräfte nicht auf die Gesamtsituation ein.

Die Lieferungen sind in etwa sechs Monaten geplant, wenn die Lager vorbereitet sind, aber weil die ukrainische Armee damit ein großes Problem hat und wir uns davon mehrfach überzeugen konnten, wenn die Arsenale und Raketenartilleriewaffenbasen „in die Luft gingen“, so gibt es an der Lieferung überhaupt Zweifel.

Bei einer planmäßigen Inspektion des Gebiets des Swetlodarsker Bogen wurde entdeckt, dass die Situation hier nicht eindeutig ist.

Auf der einen Seite haben sich die Beschüsse wesentlich verringert, auf der anderen Seite ist eine Vergrößerung der verdeckten provokativen Aktivitäten durch Diversions- und Erkundungsgruppen zu bemerken, außerdem schießen Scharfschützengruppen der ukrainischen Streitkräfte.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

In den letzten 24 Stunden hat sich die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der DVR nicht wesentlich verändert und **bleibt angespannt**.

In Richtung Donezk hat der Feind auf die Gebiete von **drei Ortschaften** 20

Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen und mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In Richtung Mariupol hat der Gegner auf das Gebiet von **Kominternowo** acht

Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen und mit Schützenpanzerwaffen geschossen, außerdem hat er zum ersten Mal seit Ausrufung des „Neujahrswaffenstillstands“ 152mm-Artillerie verwendet und ein Geschoss abgeschossen.

In der Folge von Mörserbeschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf Wesjoloje und Dokutschajewsk wurden zwei Häuser beschädigt. In Jasnoje wurde ein Hochspannungsleitung beschädigt, in der Folge haben 560 private Häuser und ein Heizwerk keinen Strom.

Unsere Aufklärung hat Informationen erhalten, die von einer Konzentration von Kräften und Mitteln der ukrainischen Streitkräfte in Richtung Mariupol zeugen.

Im Verantwortungsbereich der 28. mechanisierten Brigade wurde die Ankunft von Einheiten der 93. mechanisierten Brigade bemerkt. Die Brigadenartillerie wird nachts verdeckt und getarnt in Waldstücke und in Hangarbereich 22-23km von der Kontaktlinie im Gebiet von Swobodnoje verlegt.

Einheiten des 1. und 2. Bataillons der 93. Brigade wurden auf Positionen gemeinsam mit der 28. Brigade stationiert. Dies ging nicht ohne Verluste. Beim Prozess des Ausladens von einem Bahnsteig geriet durch einen Kurzschluss der Schützenpanzer eines Bataillonskommandeurs in Brand.

Wie wir sehen, ist der Zustand der Technik, selbst von persönlichen Schützenpanzern von

Kommandeuren, so schlecht, dass sie sich „selbst vernichten“, ohne es an die Front zu schaffen. Dabei erinnere ich daran, dass die militärisch-politische Führung der Ukraine weiter von einer Aufstockung der Finanzierung für den Wiederaufbau und die Reparatur von Technik erzählt. Wohin gehen diese Finanzen – sollen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte ihren Kommandeuren Fragen stellen.

Auf dem Hintergrund eines merklichen Rückgang der Zahl der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte prognostizieren wir eine Verstärkung der Diversionsaktivität des Gegners auf unserer Territorium. Nach Angaben aus der Leitung des Sicherheitsdienstes der Ukraine für den Donezker und Lugansker Oblast sind auf dem Territorium der Republik zwei Diversionszellen aktiv, die die Aufgabe haben, Militärtechnik zu sprengen und auch Terrorakte an militärischen Objekten zu begehen.

Unsere Einheiten sind zu einer solchen Entwicklung der Situation bereit! Aber ich möchte mich gesondert an die Bürger unserer Republik mit der Bitte wenden, Wachsamkeit und Ruhe zu bewahren. Im Fall der Entdeckung von verdächtigen Personen und herrenlosen Objekten bitte ich, diese Information unmittelbar an Vertreter der Rechtsordnungsorgane unserer Republik weiterzugeben.

de.sputniknews.com: Russland leiht USA 106 Milliarden Dollar

Russlands Zentralbank hat ihre Investitionen in US-Bundesschatzbriefe – sogenannte Treasuries – aufgestockt: Im November 2017 kaufte die russische Zentralbank Treasuries für rund 106 Milliarden US-Dollar – 700 Millionen Dollar mehr als im Vormonat. Dies berichtet das Portal „Lenta.ru“ unter Berufung auf das US-Finanzministerium.

Es ist bereits das zweite Mal in Folge, dass Russland mehr US-Schuldscheine kauft: Im September 2017 betrug das Schatzbrief-Portfolio der russischen Zentralbank 103,9 Milliarden, im Oktober dann schon 105 Milliarden – und im November eine weitere Erhöhung um 700 Millionen Dollar.

Auch im Jahresvergleich hat Russland mehr in die Treasuries investiert, nämlich ganze 22 Prozent.

In der Liste der Länder, die die US-amerikanischen Schatzbriefe halten, liegt Russland laut dem Portal auf Platz 15. Die Top-3 sind China mit 1,17 Billionen, Japan mit rund einer Billion und Irland mit 328,7 Milliarden Dollar.

Die Agentur „Reuters“ berichtete im Juni letzten Jahres laut dem Portal, dass die Notenbank der USA vertrauliche Informationen über die Einlagen ausländischer Zentralbanken – auch der russischen Notenbank – an die US-Behörden weitergibt.

Gleich nachdem Washington im März 2014 Sanktionen gegen mehrere russische Geschäftsleute verhängt hatte, verkaufte die russische Zentralbank Treasuries im Wert von 115 Milliarden Dollar an die Federal Reserve der USA zurück.

Dan-news.info: „In diesem Jahr wird es drei thematische Sitzungen des Integrationskomitees „Russland – Donbass“ geben“, sagte heute der Abgeordnete der Staatsduma der RF, der Koordinator des Komitees Andrej Kosenko. „In der allernächsten Zeit planen wir die Sitzung im April“.

Besondere Aufmerksamkeit soll dieses Jahr Themen humanitären Charakters gewidmet werden, insbesondere sollen Fragen der medizinischen Versorgung der Einwohner der Volksrepublik erörtert werden und Verbesserungen bei grenzüberschreitenden Reisen zwischen der DVR, der LVR und Russland.

de.sputniknews.com: Ankara: Moskau darf Einsatz in Afrin nicht im Wege stehen

Russland soll aus Sicht des türkischen Außenministers Mevlüt Çavuşoğlu nicht gegen Ankaras Operation im syrischen Afrin auftreten. Dies berichtet der TV-Sender CNN Turk. Die

beiden Länder sollten ihre Handlungen aber ganz sorgfältig abstimmen.

„Russland braucht sich nicht gegen die Operation in Afrin zu positionieren, auch zur Vermeidung von unerwünschten Zwischenfällen“, sagte Çavuşoğlu in einem Interview mit dem TV-Sender. „Dazu müssen wir im Gegenteil unsere Handlungen eng koordinieren, allen voran das Vorgehen der Luftwaffe.“ Für die Erörterung dieser Fragen sei der Generalstabschef der türkischen Streitkräfte, Hulusi Akar, nach Moskau gereist.

Der Außenminister betonte zudem, dass sowohl die Koordination als auch der Datenaustausch mit Russland zur Situation in Syrien fortgesetzt werde. Dies sei trotz der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zu einigen Fragen hinsichtlich der Zukunft Syriens sehr wichtig.

Kein Vertrauen zu Washington mehr

Çavuşoğlu unterstrich zugleich, dass die Erklärungen der USA über die Unterbindung der Hilfe an die syrischen Kurden Ankara keineswegs überzeugt hätten.

„Wir haben bei den Gesprächen mit dem US-Außenminister und dem Verteidigungsminister unsere Besorgnis ganz klar geäußert“, so der türkische Außenamtschef. „Sie haben zwar gesagt, wir sollten der Presse nicht glauben. Daraufhin erwiderten wir, die Erklärungen von US-Militärs über die Hilfe für die Volksverteidigungseinheiten gehört zu haben. Die Unterstützung dieser Terrorgruppierung wird unsere Beziehungen zu den USA vehement belasten.“

Mattis und Tillerson sollen Çavuşoğlu zwar versichert haben, die Situation „persönlich unter Kontrolle zu halten“. Er ließ sich nach eigenen Worten allerdings nicht davon überzeugen.

„Wir wollen endlich konkrete Schritte der USA sehen. Die Übergabe von Waffen an die Volksverteidigungseinheiten stellt eine direkte Bedrohung für die Integrität von Syriens Grenzen dar“, so Çavuşoğlu.

Dnr-online.ru: „Festnetzverbindungen werden heute wieder aktuell. In der zentralen Abteilung des staatlichen Unternehmens Komtel ist viel los: Menschen erneuern ihre Verträge mit dem Unternehmen, schließen neue ab, nehmen ihre Telefone wieder in Betrieb und nutzen eine zuverlässig funktionierende Verbindung, die ständig funktioniert, ohne Unterbrechungen und Umstellungen, deren Funktion schon fast ein Jahr lang nicht von der ukrainischen Seite abhängt“, teilte der Pressedienst von Komtel mit.

Dan-news.info: „Energietechniker der Republik haben die stabile Stromversorgung der Einwohner von Jasnoje wieder in Betrieb genommen, die gestern durch Artilleriebeschüsse durch die ukrainischen Streitkräfte unterbrochen wurde“, teilte der Pressedienst des Kohle- und Energieministeriums der DVR mit.

de.sputniknews.com: Das hat Poroschenko im neuen Jahr mit dem Donbass vor

Was der ukrainische Präsident Poroschenko im Osten der Ukraine braucht, sind „schleppend verlaufende Kämpfe“, sagt Bogdan Bespalko, Mitglied des russischen Präsidialrates für zwischenethnische Beziehungen. Ein Einfrieren des Konflikts käme dem Kiewer Machthaber demnach ebenso ungelegen wie ein offener Krieg.

Kurze heftige Zusammenstöße, auch militärische Verluste – das ist das, was Poroschenko wirklich gebrauchen könne: „Das würde große Rüstungsausgaben rechtfertigen und es ermöglichen, die internationale Gemeinschaft um Hilfe zu bitten“, erklärt der Experte im Gespräch mit dem Portal „rueconomics“. „Auf so einen Konflikt kann man dann alle wirtschaftlich-sozialen Probleme des Landes schieben und nebenbei Steuererhöhungen durchsetzen.“

Was wäre denn, wenn der Konflikt eingefroren würde? „Den ukrainischen Soldaten wird man dann erklären müssen, warum sie eigentlich noch an der Grenze zum Donbass stationiert sind.“ Die Militärs könnten dann auf die Idee kommen, dass die Lösung bestimmter Probleme

– „die räuberische Erhöhung der Gas- und Stromtarife zum Beispiel“ – in Kiew zu suchen sei. Von einem offenen und intensiven Krieg hätte Poroschenko aber auch nichts, erklärt der Analyst:

„Es besteht das Risiko, dass die ukrainische Armee den Krieg gegen die Donbass-Volkswehr verliert. Massive Kampfhandlungen würden auch zeigen, dass Kiew am Frieden gar nicht interessiert ist – und darauf müsste die internationale Gemeinschaft wiederum reagieren.“

Auch im neuen Jahr – zumindest bis zu den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine – werde Poroschenko den derzeit „schleppend verlaufenden Konflikt“ aufrechterhalten, sagte Bepalko: „Das hilft, die Wähler zu mobilisieren. Da reicht es dann, eine weitere Armeeeinheit in den Tod zu schicken und dem ganzen Land eine schwere Niederlage zu präsentieren, um danach Russland lauthals Aggression und Okkupation vorzuwerfen.“ So versammele man Wähler hinter dem Staatschef.

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte indes letzte Woche erklärt, es wäre unzureichend, den Konflikt im Osten der Ukraine einzufrieren. Russland sei an einer Lösung interessiert – jedoch an einer Lösung, die die Menschen in den Gebieten nicht beunruhigen würde: „Russland wäre völlig damit zufrieden, wenn die Minsker Abkommen gänzlich umgesetzt würden.“

Zuvor hatte der russische Sonderbevollmächtigte in der Kontaktgruppe zur Regulierung der Lage in der Ukraine, Boris Gryslow, das Minsker Abkommen als ein „unteilbares und ganzheitliches Maßnahmenpaket“ bezeichnet und aufgefordert, alle Punkte dieser Abkommen „konsequent und exakt“ umzusetzen. Kiew hingegen handele so, dass es zum Einfrieren des Donbass-Konflikts kommen müsse, betonte der Unterhändler. Deswegen bestehe die russische Delegation darauf, „alle Erklärungen, Vorschläge und überhaupt alle Aussagen“ bei den Arbeitstreffen der Kontaktgruppe zu protokollieren.

Solche Protokolle hätten den Sinn, dass man sie den Medien und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen könne – in Russland, in der Ukraine und im Westen, kommentiert der Experte Bepalko.

Dabei gibt es bereits unterzeichnete Dokumente, die Minsker Abkommen eben. Zu deren Umsetzung aber sehe sich Kiew auch durch die Unterschrift nicht veranlasst: „Wir konnten ja sehen, wie die ukrainische Seite erst eine Waffenruhe zu Neujahr vorgeschlagen und diese dann nach wenigen Stunden selbst gebrochen hatte.“

Zusätzliche Protokolle würden daran kaum etwas ändern, sagt der Experte weiter. „Auch an der Position des Westens ändert sich dadurch nichts, der bislang einfach die Augen davor verschließt, dass die Ukraine ihre Verpflichtungen einfach nicht einhält.“



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31912/29/319122926.jpg>

rusvesna.su: Rada beschloss die Zulassung von ausländischen Militärs in der Ukraine

Das Parlament stimmte für den Gesetzentwurf zur Zulassung von Einheiten der Streitkräfte anderer Staaten auf dem Territorium der Ukraine im Jahr 2018 zur Teilnahme an Militärmanövern. Für dieses Gesetz stimmten heute, am 18. Januar, 235 Abgeordnete. Wie angemerkt wurde, hatten vor der Abstimmung die Abgeordneten die Prüfung eines Gesetzentwurfs zu einem verkürzten Verfahren unterstützt.

Gemäß dem Dokument sind in der Ukraine multinationale Übungen zur Vorbereitung der Streitkräfte, ein ukrainisch-amerikanisches Manöver „Rapid Trident“ - 2018, die ukrainisch-amerikanische Übung „Sea Breeze“ - 2018, die multinationale Übung „Swetlaja Latwija“ - 2018, die multinationale Übung „Tschistoje Nebo“ - 2018 und das ukrainisch-rumänische Manöver „Riverian“ - 2018 geplant.

Das Gesetz sieht den Zugang der entsprechenden Einheiten dieser Staaten in die Ukraine vor zur Teilnahme an Übungen „im Rahmen der militärischen Zusammenarbeit“.

Dan-news.info: Pressekonferenz der Leiterin der Abteilung für Schutz von Mutter und Kind des Gesundheitsministeriums der DVR Natalja Skorzowa

Bis heute wurden auf dem Territorium zwei Kinder registriert, die sich auf dem Territorium der Ukraine mit Masern angesteckt haben. Die Infektionsquelle ist lokalisiert: der Kreis von Kontaktpersonen mit den Kranken ist festgestellt, alle werden beobachtet“, sagte Skworzowa. Derzeit gibt es im Land 20 Erkrankungsfälle. Die Situation befindet sich unter vollständiger Kontrolle von Spezialisten des republikanischen Zentrums für sanitäre und epidemiologische Aufsicht.

Die epidemiologische Lage bei Masern auf dem Territorium der Ukraine ist bereits seit anderthalb Jahren äußerst bedrohlich, Zuspitzungen sind vor allem in der Herbst- und Winterzeit zu beobachten.

Im Rahmen zusätzlicher Immunisierungen gegen Masern wurden etwa 8000 Erwachsene zwischen 18 und 30 geimpft. Dies sind 85% derjenigen, die geimpft werden müssen. Kinder werden planmäßig zweimal geimpft: im Alter von einem und von sechs Jahren. Die Impfung ist kostenlos und kann im örtlichen Krankenhaus erfolgen.

de.sputniknews.com: Polen bekommt Lwiw, Ternopil und Vilnius

Das polnische staatliche Schifffahrtsunternehmen Polsteam will drei neue Schiffe nach Lwiw, Vilnius und Ternopil benennen – also Städten, die einst polnisch waren, jetzt aber zu anderen Staaten gehören, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Donnerstag.

Der Manager des Unternehmens, Pawel Brzezicki, führte diese Entscheidung auf „nostalgische“ Motive zurück. „Für die Einwohner von Szczecin und des restlichen Westpolens wären das schöne und nostalgische Namen“, betonte er. „Deshalb wollen wir, dass die Schiffe nach ehemaligen polnischen Städten im östlichen Grenzraum benannt werden.“

Als „östlicher Grenzraum“ (Kresy Wschodnie) wird in Polen das Gebiet bezeichnet, das jetzt Litauen, Weißrussland und der Ukraine gehört. Zwischen den beiden Weltkriegen war es Teil Polens gewesen.

Warschaws Absichten lösten aber negative Reaktionen in den Nachbarländern aus. Unter anderem lässt man sich das in Kiew nicht gefallen. Vor einigen Jahren wollte die polnische Führung das Design der nationalen Pässe verändern, und zwar auf dem Umschlag ein Denkmal für die so genannten „Lemberger Adler“, die polnischen Verteidiger Lwiws vor den Kämpfern der Westukrainischen Volksrepublik in den Jahren 1918 und 1919, abbilden.

Nach heftigen Protesten aus Kiew wurde diese Idee allerdings aufgegeben.

„Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Polen entwickeln sich nicht immer leicht, aber wir sind imstande, Schwierigkeiten zu überwinden“, sagte ein Sprecher des ukrainischen Präsidialamtes. „Hoffentlich wird die Situation um die Schiffe genauso friedlich geregelt wie die Situation um die Bilder auf den Passumschlägen.“

Der ukrainische Politologe Andrej Busarow vermutete seinerseits, dass Polen seine vorläufige Entscheidung noch ändern könnte, falls die ukrainische Botschaft in Warschau dagegen auftreten würde. „Jedenfalls ist die Neigung der polnischen Behörden zur Verwendung der Namen von Städten im östlichen Grenzraum ein Problem. Das ist ein Beweis dafür, dass Politiker weiterhin mit dem Thema „Rzeczpospolita“ spekulieren und neue Streitigkeiten zwischen Warschau und Kiew im historischen Kontext provozieren“, so der Experte.

Vorerst reagierte die ukrainische Botschaft in Polen nicht auf die Initiative zur Benennung der Schiffe. Aber im Falle einer intensiven Beleuchtung dieses Themas in den Medien könnten sich die Diplomaten durchaus für einen Konflikt entscheiden, vermutete Busarow.

Auffallend ist, dass der neue Außenminister Polens, Jacek Czaputowicz, der seinen Posten erst seit einer Woche bekleidet, bereits „Hoffnung auf die schnellstmögliche Regelung von historischen Problemfragen mit der Ukraine“ geäußert hat.

In Vilnius scheint man dagegen kein Problem damit zu haben. Der Abgeordnete Simonas Gentvilas von der Partei „Liberale Bewegung“ sagte dazu: „Wenn das ein Kriegsschiff gewesen wäre, dann wäre das umstritten. Aber in meiner Heimatstadt Klaipėda sah ich beispielsweise ein dänisches Passagierschiff unter dem Namen ‚London‘.“ Was die polnische „Nostalgie“ nach den einstigen eigenen Territorien angeht, so könnte Litauen davon profitieren, indem es polnische Touristen anlockt, vermutete der Parlamentarier. „Wir sollten froh sein, dass das Schiff so benannt wird“, betonte Gentvilas.

**Dnr-online.ru: Pressekonferenz des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko
Zum Erlass Nr. 363 – Ausreiseverbot in die Ukraine für bestimmte Staatsbedienstete
Beim Staatssicherheitsministerium der DVR gibt es Tausende bestätigter Fälle, bei denen die Ukraine unsere Einwohner auf unterschiedliche Weise angeworben hat: durch Erpressung von Verwandten und Freunden, Einschüchterung, physische Gewalt, und versucht, aus ihnen Verräter und Terroristen zu machen. Leider ist dies mit vielen gelungen. Deshalb ist der Erlass herangereift.**

Die Hauptaufgabe dieses Erlasses ist die Sorge um unsere Bürger und den Staat im Ganzen. Wenn wir den Anwerbungsversuchen und dem Auftauchen terroristischer Elemente aus der

Ukraine keinen Widerstand leisten, so können massenhafte Terrorakte die Folge sein. Genau so ein Gesetz gibt es in der Ukraine, das bereits am Anfang des Krieges beschlossen wurde.

Wir haben nicht nur äußere Feinde, sondern auch innere. Die inneren Feinde arbeiten heute unter in der Gestalt eines „Wolfs im Schafspelz“. Menschen, die im Internet schreiben, dass dieser Erlass schlecht ist, sind entweder verdeckte Feinde oder von der Ukraine bezahlt. Sie verstehen nicht, dass er auf die Sicherheit der Bürger abzielt. Diese Feinde sind noch schrecklicher als die, die sich an der Front befinden.

In der nächsten Zeit wird es eine Erläuterung zu diesem Erlass geben, wer genau in die Ukraine fahren kann und wer nicht. Fahren können Rentner, Menschen, die führende Funktionen in staatlichen Einrichtungen und staatlichen Unternehmen haben, Leiter von Verwaltungen und die Mehrheit der Beamten, d.h. Bürger, die einen Bezug zu Staatsgeheimnissen haben, haben nicht das Recht in die Ukraine zu fahren. Das ist die normale Praxis jeden Staats.

Dieser Erlass ist in der erster Linie auf die Gewährleistung der Sicherheit unserer Bürger ausgerichtet.

Zum Integrationskomitee „Russland – Donbass“

Die Aufmerksamkeit dort wird nun solchen Gebieten wie Bildung, Medizin, Sport, Kultur gewidmet, die Ökonomie kommt hinzu. Der Donbass ist sehr attraktiv für Investoren aus der RF.

Die ökonomischen Verbindungen mit Russland sind seit mehr als 20 Jahren unterbrochen, deshalb müssen sehr große Anstrengungen in ihren Wiederaufbau eingebracht werden.

Zum „Gesetz über die Reintegration es Donbass“

Poroschenko hat erklärt, dass dieses Gesetz über die Deokkupation es erlauben wird, den Donbass in die Ukraine zurückzubringen. In seinem Verständnis ist das die Befreiung unseres Landes von uns. Meiner Meinung nach erlaubt es dieses Gesetz, der ukrainischen Militärclique die Bahn frei zugeben, sie kann jetzt den Kriegszustand einführen.

Leider widerspricht dieses Gesetz vollständig allen Minsker Vereinbarungen. Die Ukraine zeigt, dass sie keine friedliche Lösung dieses Konflikts will und mit der militärischen Lösung dieser Frage begonnen hat. Das heißt, Kiew hat vor zu kämpfen und dafür schafft es eine juristische Plattform.

Abends:

Ukrinform.ua: Werchowna Rada verabschiedet Privatisierungs-Gesetz

Das ukrainische Parlament hat am Donnerstag das Gesetz „Über Privatisierung des Staatseigentums“ angenommen.

Für das Gesetz stimmten 266 Parlamentsabgeordnete, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Ziel des Gesetzes ist die Verbesserung, Vereinfachung und Verkürzung der Privatisierungsverfahren, um das Privatisierungstempo zu beschleunigen, mehr Transparenz dabei zu erzielen und mehr Investoren zu finden.

Laut dem Gesetz wird das Ministerkabinett auf Vorschlag des Staatseigentumsfonds eine Liste der zur Privatisierung bestimmten großen Objekten billigen. Die Liste der kleinen Objekten der Privatisierung wird der Staatseigentumsfonds billigen. Versteigerungskommissionen werden Verkaufsbedingungen ausarbeiten

de.sputniknews.com: Kiew verweigert Russen Beteiligung an Privatisierungen in der Ukraine
Russische juristische und natürliche Personen, die Deviseninländer Russlands sind, dürfen

sich nicht an den Privatisierungen in der Ukraine beteiligen. Das entschied die Werchowna Rada (Parlament) der Ukraine am Donnerstag, wie die Zeitung „Ukrainskaja Prawda“ berichtet.

Eine entsprechende Novelle wurde bei der Abstimmung über ein Gesetz über die Privatisierung von Staatsvermögen angenommen. Demnach dürfen an Privatisierungen in der Ukraine Personen nicht teilnehmen, die Deviseninländer eines Staates sind, der von der Rada als „Aggressor“ eingestuft wurde.

Zuvor hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko erklärt, dass Objekte des staatlichen Eigentums in der Ukraine unter Ausschluss von Investoren aus Russland übereignet werden sollen.

rusvesna.su: **Poroschenko wird Diktator und bereitet sich auf den Krieg vor – Außenministerium**

Am 18. Januar nahm die Oberste Rada der Ukraine – endgültig – das Gesetz „Über die Besonderheiten der staatlichen Politik zur Wahrung der staatlichen Souveränität der Ukraine bezüglich der vorübergehend besetzten Gebiete der Donezker und Lugansker Oblaste“ an. Seit dem Moment der Zulassung in erster Lesung (am 6. Oktober 2017) hat dieses Dokument, auch wenn es einige Anpassungen erfahren hat, den Hauptschwerpunkt erhalten – die Linie Kiews zur Lösung der „Probleme des Donbass“ mit Gewalt rechtlich zu untermauern. Insbesondere wurde die Umwandlung der s.g. antiterroristischen Operation in eine militärische angekündigt und die Übertragung ihrer Führung an die Armee, der dann alle anderen Angehörigen bewaffneter Organe unterstellt werden. Zu diesem Zweck wird ein vom Präsidenten der Ukraine genehmigter „gemeinsamer operativer Stab“ geschaffen, der den Einsatz der Streitkräfte gegen die Zivilbevölkerung des gesamten Landes, nicht unbedingt nur im Südosten des Landes, planen und umsetzen kann. Und auch ohne formelle Einführung des Kriegszustands. Tatsächlich erhält P.A. Poroschenko damit unbegrenzte, fast diktatorische Macht, um Andersdenkende und Unzufriedene zu unterdrücken.

Das Gesetz besagt kategorisch, dass die Russische Föderation, angeblich, „einen verbrecherischen Akt der Aggression“ gegen die Ukraine führt und „vorübergehend einen Teil deren Territoriums okkupiert“, wobei sie die Regierung des Donbass durch eine von Moskau kontrollierte „Besatzungsverwaltung“ ausüben lässt. Somit versucht Kiew, sich aller Verantwortung für die Zerstörung und das Leiden zu entledigen, die die Regierung der Ukraine dem Volk gebracht hat und schiebt alle Schuld auf Russland.

Das Ergebnis der aktuellen ukrainischen Gesetzgebung widerspricht völlig den Minsker Vereinbarungen, die eine allgemein anerkannte und alternativlose Grundlage zur Regulierung des Konfliktes in der Ukraine ist. Von einer „Reintegration“ ist nicht die Rede. Im Gegenteil, es wird alles getan, um die Ukraine noch weiter zu spalten und seine im Donbass wohnenden Staatsbürger von sich wegzustoßen. Kiew beerdigt die in Minsk getroffenen Vereinbarungen und den gesamten bestehenden Mechanismus zur Suche nach für alle Seiten akzeptablen Lösungen zur Überwindung der innenpolitischen Krise, einschließlich des „Normannischen Formats“.

Es muss unbedingt auch Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden, dass die Annahme des Gesetzes in erstaunlicher Weise zeitlich mit der Ankündigung der Bereitschaft der USA zur Lieferung von tödlichen Waffen an die Ukraine zusammenfällt.

Leider erleben wir die Schaffung einer Situation, die eine gefährliche Eskalation in der Ukraine mit unabsehbaren Folgen für den Frieden und die Sicherheit in der Welt in sich birgt.

Tass.ru: Zur zweiten Lesung des Gesetzes über die Reintegration des Donbass wurden etwa 700 Änderungen eingereicht. Ihre Erörterung nahm drei Tag ein, aber praktisch alle Änderungen mit Ausnahme einiger „technisch-juristischen“ wurden abgelehnt. Die Rada wagte nicht die Änderung anzunehmen, in der empfohlen wurde, den

Freundschaftsvertrag mit der RF zurückzuweisen, weil dies die jetzigen Grenzen des Landes in Frage stellen würde. Der Leiter des Komitees zu Fragen der nationalen Sicherheit und Verteidigung der Rada Iwan Winnik merkte an, dass man den Vertrag nicht aufheben dürfe, weil in ihm die Grenzen zwischen der Ukraine und Russland festgelegt sind. „Wenn wir ihn aufheben, so heben wir auch die Grenzen auf, er darf nicht aufgehoben werden und dadurch eine Lücke entstehen“, erklärte er.

Auch der Vorschlag, in das Dokument ein Kapitel über die Auflösung der diplomatischen Beziehungen mit Russland aufzunehmen, fand keine Mehrheit, er wurde nur von 72 Parlamentariern bei 226 notwendigen Stimmen unterstützt. Diesen Vorschlag hatte auch das zuständige Komitee der Rada abgelehnt, da dies in die Kompetenz des Außenministeriums falle.

Die Parlamentarier beschlossen auch nicht die Änderung, in dem Gesetz die Republiken des Donbass als terroristische Organisationen zu benennen.

Dan-news.info: Offizieller Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa über das ukrainische Gesetz über die „Reintegration des Donbass“

Die Annahme des Gesetzes „über die Gewährleistung der Souveränität der Ukraine“ durch die Oberste Rada widerspricht nicht nur direkt allen Dokumenten des Minsker Pakets, sondern ist auch ein Versuch, das Wesen und die Grundlage der Friedensvereinbarungen zum Scheitern zu bringen.

Durch die Annahme dieses Gesetzes hat das Parlament der Ukraine eine offene Missachtung des internationalen Rechts und der internationalen Institutionen demonstriert. Unter anderem wurden die Vollmachten des UN-Sicherheitsrats vollständig ignoriert, der in seiner Resolution zwei Konfliktseiten bestimmt hat – Kiew und den Donbass, und die RF ihrerseits ist Vermittler in der Lösung dieses Konflikts. So wurde von der Obersten Rada heute ein Präzedenzfall geschaffen, der deutlich macht, dass das ukrainische Parlament den zum Aggressor bestimmen kann, wen es will, entgegen allen Normen des internationalen Rechts und, offen gesagt, entgegen dem gesunden Menschenverstand. Zusätzlich zu all dem hat Kiew heute einen direkten Schritt zur Legalisierung von Verstößen gegen die Verfassung der Ukraine unternommen, in der es kein Wort von der Möglichkeit gibt, dem Präsidenten und den ukrainischen Streitkräften die Vollmachten zuzuteilen, die das Gesetz „über die Gewährleistung der Souveränität“ vorsieht.

Die zynischste und erschreckendste Folge der Annahme dieses Gesetzes ist, dass es offiziell zulässt, die ukrainischen Streitkräfte in einem inneren Konflikt einzusetzen und eine Rechtsgrundlage für die Entfaltung von Kriegshandlungen gegen unsere Einwohner schafft. Dies demonstriert beredt das Verhältnis Kiews zum Volk des Donbass und beweist ein weiteres Mal, dass sie nicht die Menschen interessieren, sondern das Territorium, was die ohnehin nur minimalen Chancen auf eine gemeinsame Zukunft des Donbass und der Ukraine fast vollständig liquidiert. Der heutige Schritt der ukrainischen Parlamentarier ist eine weitere Bestätigung des vollständigen Unwillens, den Konflikt auf friedlichem Weg zu lösen und eine direkte Demonstration der Gleichgültigkeit sowohl gegenüber den Anstrengungen der Staatsoberhäupter der Garantenstaaten und der internationalen Organisationen in diesem Gebiet als auch gegenüber internationalen Rechtsnormen.

Tass.ru: Die Oberste Rada hat durch die Annahme des Gesetzes über die Reintegration des Donbass einen Weg gewählt, der einer friedlichen Lösung des Konflikts im Osten der Ukraine entgegensteht. Dies erklärte heute gegenüber Journalisten der Bevollmächtigte der RF in der Kontaktgruppe zur Regelung der Situation im Donbass Boris Gryslow.

„In den letzten Tagen ging die politische Show weiter, die heute mit der Annahme des ukrainischen Gesetzes über die Besonderheiten der staatlichen Politik zur Gewährleistung der

staatlichen Souveränität der Ukraine im Donbass endete“, erklärte er. „Mit diesem Akt erkennt die Oberste Rada Russland als Aggressor an, der einen Teil des Territoriums der Ukraine besetzt hat, der Präsident erhält zusätzliche Vollmachten zu Einsatz der Streitkräfte gegen die Bevölkerung des Donbass unter Bedingungen des Kriegszustands. Im Gesetz werden die Minsker Vereinbarungen nicht erwähnt, auch keine Garantien, dass Kiew sie erfüllt“.

„Faktisch wurde ein Weg gewählt, der der friedlichen politischen Lösung des Konflikts entgegengesetzt ist, der vom der „Partei des Krieges“ aufgedrängt wurde und vom Präsidenten der Ukraine begrüßt wird“, unterstrich Gryslow.

Er lenkte die Aufmerksamkeit auch darauf, dass dieses Gesetz unter den Bedingungen der Versprechungen der USA, tödliche Waffen an die Ukraine zu liefern, angenommen wurde.

„Wir sehen faktisch, dass die USA die Lösung des Konflikts im Südosten der Ukraine durch gewaltsame Methoden zulassen und nicht nur Methoden der politischen Regulierung“, meint er.

„Auf diesem Hintergrund ist es unverständlich, wie Kiew vorhat seine politischen und anderen Verpflichtungen, die im Maßnahmekomplex festgeschrieben sind, von einer Resolution des UN-Sicherheitsrats, durch Entscheidungen der Kontaktgruppe und des normannischen Formats gebilligt wurden, zu erfüllen“, sagte Gryslow. „Statt die Blockade aufzuheben und die humanitäre Situation zu normalisieren, wird auf den Kriegszustand gesetzt. Statt politischer Lösungen über die Einführung eines besonderen Statuts des Donbass, Amnestie und freie Wahlen gibt es militärischen Druck auf den Donbass“.

„Für den Donbass ist das ein Signal der Verhandlungsunfähigkeit Kiews und für die aufgezwungene Notwendigkeit, sich auf die Verteidigung vorzubereiten“, unterstrich der Bevollmächtigte der RF. „Für Russland, das zum Aggressor erklärt wird, ist dies ein weiterer Beweis des Unwillens Kiews, politische Kompromisse zu finden und seine Verpflichtungen zu erfüllen. Mehr noch, es erfolgt der Versuch, die Verantwortung auf Russland zu schieben“.

Nach Meinung Gryslows ist dies für die europäischen Partner ein Signal „des Bestrebens Kiews, aus den ungünstigen Minsker Vereinbarungen herauszukommen“.

„Durch das Gesetz wird faktisch eine neue Realität im Prozess der Regelung der Situation im Südosten der Ukraine erzeugt, die Konstruktion, auf der der Dialog in Minsk aufgebaut wurde, wird zerstört“, sagte er. „Aber es ist klar, dass der gewählte Weg falsch ist und die Situation in der Ukraine erheblich erschwert“.

„Russland bleibt den Minsker Vereinbarungen treu, es ruft Kiew auf, zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zurückzukehren. Eine Alternative zu Minsk-2 existiert nicht“, unterstrich Gryslow.